

„Unsere Beschwerden wurden durch Prügel erledigt“

Petitionsausschuss des Bundestages beschäftigt sich mit dem Schicksal von Kindern aus kirchlichen und staatlichen Erziehungsheimen

VON BETTINA MARKMEYER

BERLIN. Wäre Wolfgang F. nicht in den Nachkriegsheimen der jungen Bundesrepublik aufgewachsen, könnte er heute ein Handwerksmeister sein oder ein Finanzbeamter. Er könnte sich Anerkennung erworben haben und auskömmlich leben. Aber der freundliche, kleine Mann lebt von 286 Euro Rente, die ihm der Staat mit Sozialhilfe aufstockt und hat 18 Jahre seines Lebens in Gefängnissen verbracht.

Wolfgang F. ist eines der ehemaligen Heimkinder, die dem Petitionsausschuss des Bundestags jetzt ihren Leidensweg in den kirchlichen und staatlichen Erziehungsheimen der 1950er und 1960er Jahre geschildert haben. 184 Mal, sagt er, sei er ausgerissen. Er war Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre in verschiedenen staatlichen Heimen in Nordrhein-Westfalen. Selbst in die Psychiatrie wurde er gesteckt, weil er nicht aufgab und immer wieder weglief: „Die Gitterstäbe da waren dicker als die, die ich später im Knast gesehen habe. Um den Weg nach Hause zu schaffen, klaute er ein Fahrrad, dann ein Moped, weil sie ihn immer weiter weg

von zu Hause unterbrachten. Unterwegs besorgte er sich was zu essen, „Geld hatten wir ja nicht“. So fing seine kriminelle Karriere an. Später war er Strichjunge und noch später Zuhälter. Den Ausstieg aus dem kriminellen Milieu hat er allein geschafft. Das ist gut 20 Jahre her. „Der Staat hat uns in den Heimen zu Verbrechern erzogen und dafür nachher bestraft“, sagt Wolfgang F. heute.

„Der Staat hat uns in den Heimen zu Verbrechern erzogen.“

**WOLFGANG F. LANGE
18 JAHRE IM
KINDERHEIMEN
UNTERGEBRACHT**

Der Verein ehemaliger Heimkinder, dem er sich angeschlossen hat, hat im Bundestag eine Petition eingereicht. Darin fordern die früheren Zöglinge, dass sie als Opfer von Menschenrechtsverletzungen anerkannt werden. Unbezahlte Arbeit, die ihnen abverlangt wurde, soll bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Die Kinderarbeit in den Heimen sei Unrecht gewesen, die menschenverachtenden Erziehungspraktiken müssten

nachträglich geächtet werden, verlangen die Betroffenen. Neun Männer und Frauen, unter ihnen Wolfgang F., haben den Bundestagsabgeordneten den unbarmherzigen Heimalltag geschildert. Sie mussten als Kinder und Jugendliche ohne Bezahlung bis zu 16 Stunden am Tag arbeiten, in der Landwirtschaft, als Bäcker, Waschfrauen, Büglerinnen, Heizer, Putzfrauen. Sie wurden von Erziehern sexuell misshandelt, Prügel, brutale Strafen, Einzelhaft und Einlieferungen in die Psychiatrie gehörten zu den Disziplinierungsmitteln. Sie leiden heute unter Angststörungen, Depressionen, Schmerzen.

„Beschweren?“, sagt Wolfgang F., „Das konnten wir damals nicht. „Unsere Beschwerden wurden durch Prügel erledigt.“ Dass 1961 die staatliche Heimaufsicht eingerichtet wurde, sei den Kindern in den Anstalten nie zu Ohren gekommen. Stellen, an die sie sich hätten wenden können, gab es nicht. Ihm wurden für fünfeinhalb Jahre schwere Arbeit in der Landwirtschaft insgesamt 254 Mark zugebilligt, ein paar Pfennige pro Stunde, berichtet Wolfgang F. - selbst dieses Geld habe er nie

bekommen. Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen, als die ehemaligen Heimkinder vor den Abgeordneten im Petitionsausschuss ihre Berichte vorlasen. Wolfgang Rosenkötter, Vorstandsmitglied des Vereins, berichtete anschließend, die Abgeordneten hätten viel Verständnis und eine große Empathie gezeigt. Der Geschäftsführer des Vereins Michael-Peter Schiltsky, erklärte, ihm sei aus allen Fraktionen signalisiert worden, dass die ehemaligen Heimkinder bei ihren Forderungen unterstützt würden.

Die Jugendhilfe-Expertin und SPD-Abgeordnete Marlene Rupprecht, die sich für die Anhörung eingesetzt hatte, wertete sie gestern auf Nachfrage als „sehr guten Start“ zur Aufarbeitung des Unrechts. Der Petitionsausschuss habe zum ersten Mal überhaupt Betroffene angehört. Sie habe ihre Kollegen „noch nie so still erlebt“, sagte Rupprecht und sehe „eine große Bereitschaft, Lösungen zu suchen“. Es gehe von Menschenrechtsverletzungen bis zur Rentenforderungen nun um Einzelfragen, die

koordiniert werden müssen und Zeit bräuchten.

„Ich habe meine Kollegen noch nie so still erlebt.“

**MARLENE RUPPRECHT,
SPD-MITGLIED DES
PETITIONSAUSSCHUSSES**

Das Schicksal der früheren Heimkinder war zu Beginn des Jahres durch ein Buch des „Spiegel“-Autors Peter Wensierski mit dem Titel „Schläge im Namen des Herrn“ bundesweit bekannt geworden. Viele Opfer haben Jahrzehnte über ihre traumatischen Erlebnisse geschwiegen. Das Diakonische Werk und der Deutsche Caritasverband haben den Betroffenen eine Aufarbeitung des Unrechts in den kirchlichen Heimen zugesagt (epd)